

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlagspreis: Die Monatsgebühr beträgt 1,20 Mark für den Abonnenten, 1,50 Mark für den Nichtabonnenten. Einmalige Anzeigen zu besonderen Konditionen. Preis für den Anzeiger: 1,50 Mark. Preis für den Anzeiger: 1,50 Mark.

Telegramme: Tageblatt Auergebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1999

Nr. 58

Sonnabend, den 9. März 1929

24. Jahrgang

Schon wieder ein Geheimvertrag?

Zwischen Polen und Rumänien

Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus Rom: Die offizielle rumänische Zeitung „Adevărul“ wartet mit Enthüllungen über einen Geheimvertrag auf. Wie das Blatt mitteilt, soll es sich hierbei um einen Geheimvertrag handeln, der am 1. Oktober 1928 zwischen Polen und Rumänien als Ergänzung des bereits 1926 abgeschlossenen Vertrages zustande kam. Der Geheimvertrag richte sich gegen Rußland und Litauen. Bei einer Gefahr sollen die vereinigten polnisch-rumänischen Streitkräfte sofort eine breite und schnelle Offensive gegen Rußland ergreifen. In dem Vertrag werde weiter darauf hingewiesen, daß in einem Kriege zwischen Polen und Rußland Litauen nicht neutral bleiben dürfe. Falls Litauen den Kampf aufnehmen, habe Polen Rumäniens Zustimmung, Litauen entweder ganz oder teilweise zu okkupieren. Weiter enthalte der Vertrag technische und strategische Einzelheiten. Dieser Geheimvertrag, so teilt die Zeitung mit, sei während Billets Anwesenheit in Rumänien unterzeichnet worden. Das Blatt will den Vertrag, aber den es aus zuverlässiger Quelle unterrichtet sein will, noch im ganzen veröffentlichen.

Etat. besprechungen des Reichsfinanzministers

Reichsfinanzminister Dr. Hülferding hat die Besprechungen mit den Steuersachverständigen der Parteien vorgestern begonnen und gestern fortgesetzt. Die Verhandlungen haben jedoch, wie das Nachrichtenbüro des Reichstages hört, bisher noch nicht zu irgendwelchen Ergebnissen geführt. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ schreibt dazu: „Reichsfinanzminister Hülferding hat die Fühlungnahme mit den Steuersachverständigen der Parteien aufgenommen, um mit ihnen die Verabschiedung des Etats zu besprechen. Er folgt damit nicht nur einem Wunsche, sondern auch einem Rate der Deutschen Volkspartei, die nach wie vor der Ueberzeugung ist, daß der Etat verabschiedet werden kann und muß, ohne daß neue Steuern bewilligt und eingeführt werden. Da aber der Finanzminister selbst der gegebenen Sparkommission sein und bleiben muß, ist nichts natürlicher, als daß er auch die Führung in der Sparpolitik übernimmt und zunächst seine Sparvor schläge den Parteien unterbreitet. Die Parteien können aus Gründen der Loyalität wie der Zweckmäßigkeit ihrerseits Sparvor schläge machen. Danach wird auch die Deutsche Volkspartei in den Besprechungen mit dem Reichsfinanzminister handeln. Nach wie vor bleibt es in erster Linie Sache der Regierung, insbesondere des Reichsfinanzministers, die Verabschiedung des Etats ohne neue Steuern durchzuführen.“

Der belgische Ministerpräsident über die Affäre Frank-Heine

Der belgische Ministerpräsident Jaspar gab gestern in der Kammer eine Erklärung über den weiteren Verlauf der Angelegenheit der Unrechtmäßigen Veröffentlichungen ab. Alles habe sich ohne Wissen des Chefs des belgischen Generalstabs abgespielt und man könne hinzufügen, daß die Regierung mit allem, was mit der Dokumentenaffäre zusammenhängt, nicht in der geringsten Beziehung stand. Schließlich habe das Justizverfahren klargestellt, daß Agenten des belgischen Geheimdienstes um die Existenz der falschen Dokumente gewußt haben und zulassen, daß sie in Umlauf gebracht wurden. Dies sei ein schwerer Verstoß. Die Untersuchung, die im Einklang mit dem Chef des Generalstabs vorgenommen worden ist, habe bereits zu dem Beschluß geführt, den Chef des Nachrichtendienstes seiner Funktionen zu entheben. Gegen andere Agenten, die Verdächtige begangen haben, werden Strafmaßnahmen verhängt werden. Ministerpräsident Jaspar erklärte noch: Belgien muß seine Verteidigung stärken, aber diejenigen, die in seinen Diensten stehen, müssen sich davor hüten, sich in Machenschaften einzulassen, die die Atmosphäre Europas vergiften können.

Präsident Hoover gegen die neuen Einwanderungsquoten.

Die Senatoren Rye und Frasier (North Dakota) hatten gestern mit Präsident Hoover eine Unterredung. Nach dieser Besprechung erklärten die Senatoren, der Präsident werde vom Justizminister ein Gutachten einfordern, ob er nach dem Einwanderungsgezet verpflichtet sei, die neuen Quoten, gegen die er sich im vorigen Jahre als Präsident ausgesprochen habe, zu präzisieren.

Die Weiterbehandlung der Minderheitenfrage

Annahme des Kompromißvorschlages Katschis.

Der Völkerbundrat hat gestern nachmittag beabsichtigt die von dem Berichterstatter Katschi-Japan zur Weiterbehandlung des Minderheitenproblems vorgeschlagene Kompromißlösung angenommen, durch die ein vorläufiger Arbeitsausschuß — bestehend aus dem japanischen, dem englischen und dem spanischen Ratsmitglied —, eingesetzt wird. Dieser Arbeitsausschuß hat unter Berücksichtigung der verschiedenen bei der Aussprache über den deutschen und kanadischen Antrag geltend gemachten Gesichtspunkte das in Betracht kommende Material zu sammeln und kann auch Bemerkungen der Regierungen mit Minderheitenverpflichtungen und jedes anderen Völkerbundstaates entgegennehmen. Diese Bemerkungen müssen bis zum 16. April eingereicht sein. Auf Grund dieses Materials wird das Berichterstatterkomitee einen Bericht ausarbeiten, den der Völkerbundrat, der hierfür als Ratskomitee unter Einziehung sämtlicher Ratsmitglieder zusammentritt, einer ersten Prüfung, und zwar vor der nächsten Ratstagung, unterziehen wird. Als Tagungsort für das Ratskomitee kommt eine spanische Stadt in Betracht.

Die Entschliessung des Völkerbundrates zur Weiterbehandlung der Minderheitenfrage hat folgenden Wortlaut:

1. Der Völkerbundrat beauftragt seinen Berichterstatter, ihm für seine Junktagung einen Bericht über die Anträge zu unterbreiten, mit denen er von dem kanadischen und dem deutschen Ratsmitglied befaßt worden ist, wobei die verschiedenen Punkte berücksichtigt werden sollen, die von mehreren Rats-

mitgliedern im Verlauf der Aussprache über die erörterten Anträge geltend gemacht worden sind.

2. Der Rat bittet die Vertreter Großbritanniens und Spaniens, dem Berichterstatter ihre Mitarbeit für die Vorbereitung des erörterten Berichtes angedeihen lassen zu wollen.

3. Der Berichterstatter und seine Kollegen können von den Regierungen der Länder, die Bestimmungen über den Schutz der Minderheiten angenommen haben, alle Bemerkungen entgegennehmen, die diese Regierungen ihm zukommen zu lassen wünschen; diese Bemerkungen können jeder Mitgliedsstaat des Völkerbundes, wenn er es wünscht, Bemerkungen unterbreiten. Diese verschiedenen Bemerkungen müssen vor dem 16. April 1929 beim Generalsekretär eingetroffen sein.

Das darauf zusammengesetzte Dreierkomitee kann solche Informationen entgegennehmen und zu solchen Konsultationen schreiten, die es für die Erfüllung seiner Aufgabe für notwendig hält.

4. Der Rat, der als Komitee tagen wird, wird eine erste Prüfung dieses Berichtes vornehmen. Zu diesem Zweck wird der Rat zum gegebenen Zeitpunkt und vor dem für die nächste Ratstagung festgesetzten Datum zusammentreten.

5. Der Generalsekretär teilt den Regierungen der Staaten, die Bestimmungen zum Schutze der Minderheiten angenommen haben, sowie den Regierungen aller Völkerbundstaaten die gegenwärtige Entschliessung unter Befügung der Protokolle der Sitzungen des Völkerbundrates vom 6. März 1929 mit.

Eine internationale Tributbank

Aus der Tätigkeit der Unterarbeitsausschüsse

Durch die dicht geschlossenen Türen des Hotels George V. kommen nur wenige Nachrichten an die Öffentlichkeit. Gerade deshalb werden sie aber umso mehr beachtet. Bedeutungsvoll will uns eine Newyorker Meldung erscheinen, die von einer Reparationsbank spricht, die mit der Aufgabe betraut werden soll, Anleihen für verschiedene europäische Länder aufzunehmen und zu dem Zwecke mit deutschen Industrieländern Verträge abzuschließen. Auf diese Weise sollte für Deutschland ein Ausfuhrüberschuß auf eine Reihe von Jahren gesichert werden. „Sollte sich diese Meldung bewahrheiten“, schreibt die „D. A. Z.“, „dann ist der in das Reich der Pariser Reparationen gegangene Tributbank noch ein wesentlich weiterer Aufgabekreis zugehört, als die Kontrolle, Entgegennahme, Verwaltung und Anlage und Uebertragung der Kriegsschulden. Das Institut würde nämlich dann auch in die Lage versetzt werden, Anleihen zur Finanzierung deutscher Justizvollstreckungen abzuschließen und auch sonst Auslandskredite an Deutschland zu vermitteln. Es würde damit zum künftigen Zentralinstitut für die Abwicklung der öffentlichen und privaten deutschen Kredite sowie der öffentlichen Kriegsschulden einerseits und für die Vereinstellung von Kapital zur Deckung des weiteren hohen Bedarfs Deutschlands an fremden Krediten andererseits. Ob eine solche Organisation der Kapital- und Devisenbewegungen aus Deutschland heraus und nach Deutschland hinein, das System des augenblicklichen vollen Transferschutzes für die Organismen an Kriegsschulden wirklich erfolgen kann, wird wesentlich von den Normen abhängen, die man der Bankstellung für ihre Tätigkeit mit auf den Weg gibt.“

Der Plan ist von französischem Standpunkte aus nicht ablehnen. Er schreibt die internationale „Nachausgabe“ am Donnerstag, „vom deutschen Standpunkte aus jedoch geradezu fürchtbar. Denn zunächst befürchtet er nicht etwa die Kontrolle, sondern fördert sie, weil naturgemäß diese Zentralbank eine besondere Garantie für die deutschen Reparationsleistungen braucht. Zum zweiten wird diese Zentralnotenbank ein so mächtiges internationales Geldinstitut, daß die Kredite für die deutsche Wirtschaft vollständig von ihr abhängen. Zum dritten wird mit dieser Zentralnotenbank eine unumschränkte Herrschaft des internationalen Finanzkapitals angedeutet, die jede politische Behandlung des Reparationsproblems für alle Zeiten unmöglich macht und damit die deutschen Reparationsverpflichtungen für alle Zeiten festlegt. Außerdem würde aber die Bank dadurch, daß die Gläubigerstaaten und die Berechtigten Staaten in ihr eine überwiegende Mehrheit haben, auch endgültig die Herrschaft des Finanzkapitals dieser Staaten über Deutschland begründen. Es darf daher keinem Zweifel unterliegen, daß dieser Plan von Deutschland aus abgelehnt werden muß. Man erinnere sich, daß es einmal eine solche Einrichtung für die Türkei gegeben hat. Damals hieß sie la dette publique ottomane.“

Diese scharfe Ablehnung der internationalen Tributbank enthält Gründe, die in allen politischen Lagern gegenwärtig beachtet und eingehend erörtert werden. In Berliner Bankkreisen ist man jetzt unmittelbar nach dem Austausch der ersten Meldungen recht zurückhaltend. Man getraut sich nicht einmal recht, dem Plan eine bestimmte Vorhersage nach der einen oder anderen Seite hin zu stellen. Besonders schleierhaft erscheint, wie die Bank funktionieren soll, wenn sie auf rein privatwirtschaftlicher Grundlage errichtet wird. Noch unübersichtlicher ist, wie die Bank sich verhalten wird, insbesondere die Höhe der

deutschen Jahreszahlungen auf diesem Wege gelöst werden kann. So viel ist aber sicher, daß die geplante Tributbank sich in chronischen Transferleistungen vollständig aufreiben würde, wenn die deutschen Jahreszahlungen nicht vernünftig nach oben begrenzt werden. Vorläufig will aber die Ausbringungssfrage wesentlich wichtiger als das Transferproblem erscheinen. Niemand ist sich in Berlin im Zweifel darüber, daß angesichts des katastrophalen Kassendefizits unserer Reichsfinanzen und der nahezu unüberbrückbaren Schwereigkeiten der Ausbalancierung unseres Reichshaushalts für das deutsche Reich das Ausbringungsproblem gegenwärtig im Vordergrund steht.

Schachts Berliner Reise

In Berliner amtlichen Kreisen legt man Wert auf die Feststellung, daß der deutsche Hauptdelegierte, der Reichsbankpräsident Dr. Schacht, sich lediglich aus privaten Gründen — er nimmt an einer Hochzeit teil — nach Berlin begibt und daß nicht etwa irgendwelche Meinungsverschiedenheiten zwischen der deutschen Regierung und der deutschen Delegation den Anlaß zu dieser Reise bilden. Den in Paris zurzeit im Mittelpunkt der Verhandlung stehenden Gedanken einer Weltbank, der die Regelung der Reparationsfrage zufallen würde, betrachtet man in Kreisen, die der Wilhelmstraße nahe stehen, zurzeit noch mit großer Zurückhaltung. Man betont, daß es sich um einen vollkommen neuen Gedanken handelt, dessen Tragweite nicht ohne weiteres zu übersehen ist, zumal man offenbar die endgültige Form auch in Paris noch nicht gefunden hat.

Die Lage in Mexiko

Wie aus Mexiko gemeldet wird, wird in weiteren Regierungserklärungen bekannt gegeben, daß sich der Feind in völliger Auflösung befindet und überall von panischem Schrecken erfaßt sei. Außer anderen wichtigen Städten befinden sich auch Orizaba, Cordoba und Jalapa wieder in den Händen der Bundesstruppen. Weiter wird die Wiedererrichtung des Eisenbahnwertehrs mit Laredo in Texas angekündigt.

Die Western Union-Telegraphengesellschaft teilt andererseits mit, daß ihre letzte Landverbindung mit Veracruz und der Hauptstadt gestern Nacht zerschritten worden sei.

Amerika und die Berliner Dokumentenaffäre.

Die Aufdeckung der von dem ehemaligen kaiserlich-russischen Staatsrat Orloff betriebenen Dokumentenaffäre, die in Berlin, aus der gefälschte Schriftstücke hervorgegangen sind, durch die der amerikanische Senator Norris und insbesondere der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Senates, Senator Borah, kompromittiert werden sollten, hat die amerikanische Regierung veranlaßt, ihre diplomatische Vertretung in Berlin zu beauftragen, darauf hinzuwirken, daß in Washington das größte Interesse an der schnellen Durchführung der Untersuchung besteht.

Wie in Berliner politischen Kreisen bekannt wird, hat der Vorkaufsvertrag bei der amerikanischen Wirtschaft diesen Aufbruch herbeigeführt.